

Protokoll der öffentlichen Podiumsdiskussion
vom 18. Juli 2002 zum Thema
„Werden Studierende und Akademiker Mangelware?“
des Wissenschaftsforums Saar e.V.

Teilnehmer: Horst Backes, Prof. Dr. Reinhard Daug, Dr. Hanspeter Georgi,
Volker Giersch, MDirig Jürgen Schlegel, PD. Dr. Reinhold Weiß,
Ort: Festsaal des Saarbrücker Schlosses
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:00 Uhr

Der Vorsitzende des Wissenschaftsforums Saar, Prof. Dr. Dr. Wolfgang Wahlster, begrüßt die Teilnehmer der öffentlichen Podiumsdiskussion. Er dankt den anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörern für ihr Interesse an der Thematik.

Der Moderator der Podiumsdiskussion, Prof. Dr. Reinhard Daug, stellt die Teilnehmer im Einzelnen vor. Diese sind

- MDirig Jürgen Schlegel, Generalsekretär der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung Bonn;
- PD Dr. Reinhold Weiß vom Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, Hauptabteilung Bildung und Arbeitsmarkt;
- Dr. Hanspeter Georgi, Wirtschaftsminister des Saarlandes;
- Volker Giersch, Hauptgeschäftsführer der Industrie und Handelskammer des Saarlandes; und
- Horst Backes, Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer des Saarlandes.

Prof. Dr. Daug entschuldigt den Präsident des Stadtverbandes Saarbrücken, Michael Burkert, der seine Teilnahme leider kurzfristig absagen musste.

In seinem einführenden Statement informiert der Generalsekretär der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, MDirig Schlegel, über die Thematik der Podiumsdiskussion. Er verweist dabei u.a. auf nachstehende Fakten:

- Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat in 2001 die, im Auftrag der Ministerpräsidenten der Länder durchgeführte, Studie „Zukunft von Bildung und Arbeit“ veröffentlicht.
- Diese zeigt auf, dass ab 2008 ein Akademikermangel in Deutschland zu erwarten ist, der bis 2015 einen zusätzlichen Bedarf von bis zu 900.000 Akademikern prognostiziert. Dieser Mangel wird sich als gravierende Wachstumsbremse für die Wirtschaft herausstellen.
- Zugleich werden Wettbewerbs- und Standortnachteile für alle Bundesländer vorhergesagt, die nur durch gemeinsames Handeln von Bund, Ländern und Wirtschaft abgewendet werden können.
- Die Studie der Bund-Länder-Kommission bestätigt die Aussagen der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ aus dem Jahr 2001, die aufzeigt, dass Deutschland insgesamt sich von den international bildungsexpansiven Entwicklungen führender bzw. aufstrebender Wirtschaftsnationen abkoppelt.

- So sind in Deutschland die Anzahl der Studienanfänger zu niedrig und nimmt weiterhin ab, zu wenige Studierende machen einen Hochschulabschluss, insgesamt wird zu lange studiert und die Quote der Studienabbrecher ist über alle Fächer hinweg zu hoch.
- Ab 2020 ist zu befürchten, dass viele Universitätsstandorte, insbesondere in den neuen Bundesländern, nur noch über sehr wenige Studierende verfügen werden, so dass eine politische Diskussion um die Zukunft deutscher Hochschulen entstehen wird, obwohl bereits jetzt zu wenige Absolventen vorhanden sind.
- Bereits heute fehlen nach Erhebungen der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2001 europaweit ca. 500.000 Spitzenforscher, davon alleine 10 Prozent in den so genannten Schlüsseltechnologien. Deutschland ist hiervon in besonderer Weise betroffen und liegt bereits jetzt bei der Relation Wissenschaftler pro Einwohner auf einem Mittelplatz in Europa.
- Es ist zu erwarten, dass der ab dem Jahr 2005 zu erwartende Rückgang der Schülerzahlen an den Schulen in Deutschland nicht für Qualitätsverbesserungen, sondern für Einsparungen bei der Bildung nutzen wird. Dies hat ein einstimmiges Votum der Finanzminister der Länder im Jahr 2001 gegen den Protest der Kultusminister, der Wirtschaft und der Bildungseinrichtungen ergeben.

Prof. Dr. Dausg dankt MDirig Schlegel für seine einleitenden Worte und eröffnet die Podiumsdiskussion. Er bittet den Vertreter des Instituts der Deutschen Wirtschaft, PD Dr. Reinhold Weiß, um eine Darstellung der Erkenntnisse des IDW zum Thema.

- Das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln hat in den zurückliegenden Jahren verschiedene Studien und Expertisen zur Frage des Akademikermangels aus Sicht der Wirtschaft durchgeführt.
- Nach Erkenntnissen des IDW hat sich der Akademikermangel in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten kontinuierlich entwickelt: Bis Anfang der 1990er Jahre sind Hochschulabsolventen zu einem großen Teil in die freien Berufe gegangen oder in den öffentlichen Dienst eingetreten.
- Seit Anfang der 1990er Jahre ist in beiden Bereichen ein Bedarfsrückgang festzustellen, der mit einem Rückgang der Studierendenzahlen einerseits sowie einer Erhöhung der Studienzeiten andererseits einhergeht. Hinzu kommt die demographische Entwicklung, so dass heute ein Mangel vornehmlich an Ingenieuren, Naturwissenschaftlern und Mathematikern besteht.
- Insgesamt ist ein steigender Einstellungsbedarf für Hochschulabsolventen verbunden mit besseren Entwicklungsperspektiven festzustellen. Dies geht einher mit einer zeitgleichen, strukturellen Veränderung des Arbeitsmarktes von der Produktion hin zur Dienstleistung.

Im Anschluss wird der Wirtschaftsminister des Saarlandes, Dr. Hanspeter Georgi, um seine Stellungnahme zur Thematik aus der Perspektive der Landesregierung gebeten:

- Die Argumentation der Landesregierung basiert auf der These, dass Bildungspolitik zugleich auch immer Wirtschaftspolitik ist. Je besser das Bildungssystem, desto besser kann die Entwicklung der Region sein. In den zurückliegenden Jahrzehnten waren beide Politikbereiche im Saarland jedoch zu stark getrennt.
- Neben der Diagnose und Prognose des Sachverhaltes steht für die Landesregierung die Frage der Steuerung im Zentrum des Interesses und hat eine vordringliche Bedeutung. Daher plädiert Dr. Georgi für einen öffentlichen Bildungswettbewerb und einer stärkeren Orientierung am Arbeits- und Wirtschaftsmarkt.
- Mehr Bildung und mehr Bildungswettbewerb bedeutet jedoch keinesfalls ein Mehr an staatlicher Regulierung, sondern vielmehr die Realisierung eines Wettbewerbs- und Marktsystems in der Bildung. Statt öffentlicher Bildungsanstalten werden öffentliche Bildungsunternehmen gebraucht.

- Damit verbunden sind systemimmanente Verbesserungserfordernisse bspw. beim durchschnittlichen Alter der Promovenden und Habilitanden; zugleich dürfen alternative Finanzierungsformen nicht ausgeschlossen werden, ohne hierdurch jedoch soziale Schranken für das Studium aufzubauen.
- Mit Blick auf den Finanzierungsvergleich im Rahmen der OECD-Studie für Hochschulen von 2001 ist eine differenzierte Analyse vorzunehmen: Die Frage ist, wie hoch ist der Anteil staatlicher Gelder und wie hoch ist der Anteil privater Gelder des Bruttoinlandsprodukts, der in Bildung investiert wird.
- Auch erweist sich das duale Bildungssystem in Deutschland als hochattraktiv: Alleine im Saarland sind ein Drittel der Auszubildenden im dualen System Schüler mit allgemeiner Hochschulreife, die sich durch die Besonderheit der Ausbildung leiten lassen.
- Weiterhin wird es erforderlich sein, das Hochschulmarketing zu verbessern und es gilt, wieder einen verbindlichen Fächerkanon an den Schulen wie auch Hochschulen – i. S. des klassischen Studiums Generale – wieder einzuführen.
- Letztlich sieht die Regierung des Saarlandes ein IT-Cluster als relevanten, zukunfts-trächtigen Bereich an, in dem auch die Nano- und Biotechnologien als wichtige Cluster zu integrieren sind. Dieses Cluster stellt die Grundlage für die Innovationsstrategie des Saarlandes dar.

Prof. Dr. Dausg bittet hiernach den Hauptgeschäftsführer der Industrie und Handelskammer, Volker Giersch, um dessen Statement zum Thema:

- Die Basis aller wirtschaftlichen Entwicklungen ist die Humanressource, das Human-kapital. Daher hängt die Zukunft des Wirtschaftsraumes Saarland entscheidend von der Qualität seiner Klassenzimmer und Hörsäle ab.
- Im Auftrag der IHK wurde im Jahr 2000 eine Erhebung in saarländischen Industrie- und Wirtschaftsunternehmen bzgl. der zu erwartenden neuen Arbeitsplätze einerseits sowie der dafür erforderlichen Qualifikation andererseits durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass (i) mehr Hochschulabsolventen sowohl von Universitäten als auch Fachhochschulen benötigt werden, (ii) Arbeitsplätze für mittlere Qualifikationen in gleichem Umfang erhalten bleiben, jedoch (iii) die Möglichkeiten für gering Qualifizierte dramatisch sinken werden.
- Das Saarland benötigt daher für seine Unternehmen ein hoch effizientes und hoch qualifizierendes Bildungssystem, welches mehr Akademiker in einer noch größeren Bandbreite hervorbringt. Zugleich muss das Thema der Eliten- und Begabtenförderung angegangen werden.
- Weiterhin ist zu erwarten, dass das heute bereits bestehende Defizit bei den Ingenieurberufen und in den vornehmlich naturwissenschaftlich orientierten Arbeitsplätzen noch größer wird.
- Insgesamt ist zu fordern, dass effiziente Ausbildungs- und Angebotsstrukturen geschaffen werden, die eine rasche und qualitativ hochwertige Ausbildung in modernen, zukunftsorientierten Bildungseinrichtungen ermöglichen. Mehr Markt und Wettbewerb durch private Anbieter im Bildungssystem würde dieser Intention unterstützen.

Schließlich wird der Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer des Saarlandes, Horst Backes, vom Moderator um seine Stellungnahme zum Thema gebeten:

- Es wird darauf verwiesen, dass das Thema und die Diskussion um das Thema keinesfalls neu sind, sondern seit mehr als 15 Jahren virulent geführt wird. Anfang der 1990er Jahre wurde die Diskussion jedoch durch die politischen Entscheidungen der Finanzminister der Länder faktisch im Ergebnis unterbunden, so dass seither keine Entwicklung mehr in der Sache stattgefunden hat.
- Die Arbeitskammer des Saarlandes hat in den zurückliegenden 10 Jahren zwei Bildungsberichte vorgelegt; der erste Bericht im Jahre 1994, der zweite Bildungsbericht aktuell im Jahre 2002.

- Der Vergleich der Ergebnisse beider Studien ist eindeutig: Im Saarland ist nicht nur ein Nachlassen der Bemühungen in der Bildung festzustellen, sondern vielmehr sogar ein Abfallen der Aktivitäten und Initiativen.
- Die Besonderheit des Saarlandes im bundesrepublikanischen Vergleich zeigt sich auch im neuen Bildungsbericht einerseits in seiner traditionellen Bildungsschwäche sowie andererseits in seiner monostrukturierten ökonomischen Situation.
- Nach Einschätzung der Arbeitskammer des Saarlandes ist die Frage des Akademikermangels jedoch nicht ausschließlich dadurch zu beantworten, in dem die Hochschulen als Spitze der Bildungsgesellschaft analysiert werden. Vielmehr muss die Bildungskette – von der Vorschule, über die Schule und Hochschule, bis hin zur Weiterbildung – als gesamtsystemischer Ansatz betrachtet werden und auf allen Ebenen und in allen Bereichen müssen umgehend Entwicklungen in gang gesetzt werden.
- Im Bundesvergleich ist für das Saarland festzustellen: (i) ein zu hoher Anteil von Jugendlichen ohne Bildungsabschluss; (ii) eine unterdurchschnittliche Zahl von mittleren und höheren Bildungsabschlüssen; (iii) eine unterdurchschnittliche Zahl von Studierenden an saarländischen Hochschulen; (iv) die ökonomische Situation von Arbeiterkindern hat sich in den zurückliegenden Jahren deutlich verschlechtert.
- Zusammenfassend wird aus Perspektive der Arbeitskammer des Saarlandes festgehalten, dass im Saarland umgehend eine Bildungsoffensive („Bildungsexpansion“) eingeleitet werden muss, beginnend im Vorschulbereich bis hin zur Hochschule und Weiterbildung.
- Und: Weiterbildung und Fortbildung werden in naher Zukunft eine zentrale Bedeutung für die weitere Entwicklung der Gesellschaft erhalten, da zunehmend weniger junge Menschen in den Arbeitsmarkt drängen.

Prof. Dr. Dausg dankt zunächst allen Teilnehmern der öffentlichen Podiumsdiskussion für ihre einleitenden Statements und eröffnet die Diskussion mit den im Plenum anwesenden Interessenten.

- In der ersten Plenumsfrage wird von Christian Ege, Stabsstelle für Innovation und Entwicklung der Landesregierung, das fachliche Interesse der Studierenden thematisiert. Es wird die Frage gestellt, ob sich die für die Bildungsentwicklung Verantwortlichen nicht auch die Frage stellen müssen, was die Studierenden wollen oder – um es marktorientiert zu formulieren – was wollen die Kunden? Wie könnte ein Angebot orientiert an der Nachfrage im Bereich Bildung an Hochschulen und Universitäten aussehen?
- MDirig Schlegel gibt zu bedenken, dass Nachfrage immer auch durch Informationen und Steuerung entsteht. Insofern können Nachfragemodelle alleine nicht hinreichend sein um Bildungsentwicklung zu realisieren, da ansonsten zwischenzeitlich sicherlich schon viele Fakultäten, nicht zuletzt auch der Ingenieur- und Naturwissenschaften, geschlossen wären.
- Dr. Rüdiger Pernice, Generalsekretär des Wissenschaftsforum Saar und Staatssekretär a. D., verweist in einem Statement auf nachstehende Fakten und Herausforderungen: (i) Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung ist eine Regierungskommission, in der alle Fachressorts der Länder vertreten sind, die Entscheidungen mittragen und sich aktiv gestaltend einbringen sollen. (ii) Ist die Frage des „Brain Drain“ im Saarland nicht eine Frage der Finanzierung und des Aufbaus attraktiver Wissenschaftseinrichtungen? Ein finanzielles Aushungern der Hochschulen dürfte den „Brain Drain“ zu Lasten des Saarlandes verstärken und das notwendige Innovationspotential schwächen. (iii) Insgesamt ist festzustellen, dass eine breite finanzielle Unterstützung und Förderung der Bildung durch die Wirtschaft nach dem Vorbild angelsächsischer Staaten in Deutschland fehlt. Hier ist mehr Mitverantwortung der Wirtschaft geboten, bevor über Studiengebühren entschieden wird. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Wirtschaft durch in den letzten 20 Jahren rückläufiges Engagement in der beruflichen Ausbildung Milliarden eingespart hat und

die Hochschulen mit der Ausbildung hunderttausender zusätzlicher Studienbewerber belastet wurden.

- Dr. Georgi betont, dass die Wirtschaftsminister der zurückliegenden Dekaden sich zu wenig um die Bildung gekümmert und in die Bildungsentwicklung eingemischt hätten. Er unterstreicht, dass die Finanzierung der Bildungspolitik auf mehreren Schultern verteilt sein muss; hierzu zählt selbstverständlich auch die Wirtschaft.
- Herr Giersch weist ergänzend darauf hin, dass eine Steigerung der Qualität nicht alleine durch mehr Geld erreicht werden kann, sondern dass weitere Anreize für mehr Qualität und Effizienz geschaffen werden müssen.
- Die Präsidentin der Universität des Saarlandes, Prof. Dr. Margret Wintermantel, stellt dar, dass sich die Universitäten und Hochschulen in Europa auf der Basis der Bologna-Deklaration für die umfassende Einführung von Bachelor- und Master-Studiengänge ausgesprochen hatten, deren Absolventen bislang jedoch eher zögerlich und verhalten von der Wirtschaft eingestellt werden. Ergänzend stellt sie die Frage nach der Position der Landesregierung zur Studienfinanzierung.
- PD Dr. Weiß verweist darauf, dass die Wirtschaftsverbände der Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse auch unter dem Aspekt der Standortattraktivität für ausländische Studierende zugestimmt hätten. Weiterhin ermöglichen diese Studiengänge einen früheren Ausstieg aus dem Studium – jedoch mit Abschluss. Die Zurückhaltung der Wirtschaft begründet sich aus der derzeit noch fehlenden Erfahrung mit entsprechenden Studiengang-Absolventen, insbesondere mit Blick auf deren fachlichen Kompetenzen.
- MDirig Schlegel ergänzt, dass in der Initiative D21 der Bundesregierung für diese Abschlüsse geworben wird. Er verweist jedoch zugleich darauf, dass eine ausbleibende quantitative Erhöhung derartiger Abschlüsse diese wohl kaum aus dem Abseits herausbringen wird. Dabei seien gerade solche Abschlüsse dringend erforderlich, die eine breite Masse gut ausgebildeter Menschen hervorbringen.
- PD Dr. Weiß thematisiert auf Nachfrage aus dem Plenum das Problem der vermehrten Entlassung erfahrener, älterer Akademiker aus dem Arbeitsleben. Er verweist darauf, dass nach Erkenntnissen des IDW dies ein rückläufiger Trend in der Wirtschaft ist. Es sind sogar zunehmend Bemühungen um eine dauerhafte und langfristige Bindung von Arbeitnehmer an ein Unternehmen festzustellen.
- Herr Backes fordert in diesem Zusammenhang Personalentwicklungsmodelle, die es ermöglichen, auch ältere, bereits aus dem Unternehmen ausgeschiedene Arbeitnehmer bei Bedarf wieder vorübergehend zu integrieren, um einen Know-how- und Wissenstransfer zu gewährleisten.
- Der Vorsitzende des allgemeinen Studierendenausschusses, Martin Sand, spricht das Thema Studienfinanzierung an und betont, dass dieses nicht als soziale Hürde für das Erststudium eingeführt werden darf. Weiterhin verweist er darauf, dass die Abbruch- und Schwundquoten in den Studiengängen zu diskutieren sind, wie auch der Übergang von der Schule zur Hochschule dringlich durch eine verbesserte Beratung und Betreuung optimiert werden müsse.
- Der Vorsitzende des Wissenschaftsforums Saar, Prof. Dr. Dr. Wahlster kommentiert, dass das Thema Weiterbildung und Fortbildung zunehmend für die Entwicklung der Gesellschaft an Bedeutung gewinnen wird. Die Zeit des Lernens auf Vorrat ist vorbei, Lifelong Learning im Verbund mit einem grundständigen Studium sowie ggf. einem Training-on-the-job ist ein Bildungsszenario der nahen Zukunft. Dies ist eine Reaktion auf die Bildungsinhalte und -strukturen der Universitäten, die an dem Bedarf der Wirtschaft vorbei ausbilden. Ein Modell für eine Hochschulweiterbildung ist erforderlich.
- PD. Dr. Weiß verweist auf den Umstand, dass Deutschland derzeit im internationalen Vergleich der Weiterbildungsmaßnahmen und -initiativen Schlusslicht ist. Dies ist jedoch ein vornehmlich hochschulstrukturelles Problem, da die Hochschullehrer sehr wohl in der Weiter- und Fortbildung engagiert seien, jedoch nicht im Auftrag der Hochschule oder Universität. Hier muss eine Anpassung des Dienstrechtes erfolgen.

- Dr. Georgi macht darauf aufmerksam, dass sich das Saarland entschieden für eine die Gründung Initiierung eines am Markt tätigen Unternehmen im Bereich der regionalen Weiterbildung eingesetzt hat.
- MDirig verweist unter Bezug auf die Äußerung von PD Dr. Weiß, dass seiner Kenntnis nach ein Engagement von Hochschullehrern im offiziellen Auftrag einer Universität oder Hochschule kein Problem des Dienstrechtes darstellen dürfe. Wenn es Drittmittelforschung gibt, kann es auch Drittmittellehre. Konzepte für derartige Überlegungen müssen derart formuliert sein, dass Firmen an der Abnahme hoch qualifizierter Lehre interessiert sind, nicht Einzelpersonen in der Weiterbildung.

Prof. Dr. Daug's dankt abschließend allen Teilnehmern und den anwesenden Interessenten für die interessante Diskussion und fasst zusammen: Es wurde insgesamt deutlich, dass es sich bei dem Thema der Podiumsdiskussion (Akademikermangel) um ein bildungs- und wirtschaftspolitisch zentrales Problem für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im allgemeinen und des Saarlandes im speziellen handelt und diese Tatsache nachhaltigen Einfluss auf die Konzeption des ganzen Bildungssystems und auf dessen Dimensionierung und Finanzierung haben muss.

Er verweist auf die nächste Veranstaltung des Wissenschaftsforums Saar zum Thema „Chip Chip Hurra - Geisteswissenschaften im Abseits?“, die am 8. August 2002 im Saarland Museum stattfindet.